

FPÖ/Wien/Ebinger/Soziales/Mindestsicherung

FP-Ebinger zu Mindestsicherung: Studie bestätigt Linie der FPÖ

Wien (OTS/fpd) - Die heute in der Tageszeitung "Die Presse" veröffentlichte Studie des Herrn Wakolbinger zur Mindestsicherung bestätige die Linie der FPÖ voll und ganz. Diese Mindestsicherung, die bereits in vier Wochen in Kraft treten solle, sei in einer reinen Husch-Pfusch-Aktion entstanden, die der Armutsbekämpfung sicherlich kaum dienlich sein werde, zeigt sich heute der Sozialsprecher der FPÖ-Wien, LAbg. Mag. Gerald Ebinger überzeugt und fasst in 10 Punkten erneut zusammen, weshalb sich die Freiheitlichen in Wien gegen diese Form der Mindestsicherung aussprechen:

1. Es gibt keine seriösen aktuellen Daten. Das heißt, SPÖVP begeben sich in ein sozialpolitisches Abenteuer.
2. Die Richtsätze der Mindestsicherung liegen weit unter der Armutsgefährdungsgrenze. Das heißt, an der in Österreich wachsenden Armut wird sich nichts ändern.
3. Die Mindestsicherung liegt deutlich unter dem Ausgleichszulagenrichtsatz, welcher ursprünglich die Grundlage für die Mindestsicherung darstellen sollte. Das heißt, sie ist deutlich schlechter als geplant.
4. Das AMS ist jetzt schon an der Kapazitätsgrenze durch die stark steigenden Arbeitslosenzahlen. Das heißt, das AMS wird mit der Administration der Mindestsicherung völlig überfordert sein.
5. Kinder sind nur mit 134,- Euro berücksichtigt, ein Betrag mit dem man unmöglich ein Kind erhalten kann. Das heißt, die jetzt schon hohe Kinderarmut wird weiter wachsen, was eine besondere Schande für unseren Sozialstaat ist.
6. Es ist keine Valorisierung vorgesehen. Damit wird die Mindestsicherung das gleiche Schicksal wie das Pflegegeld erleiden, welches in den letzten 15 Jahren nur einmal angehoben wurde. Das heißt, eine jährliche Verschlechterung ist vorprogrammiert. Gebühren hingegen, bei denen die Stadt satte Gewinne macht (Wasser, Müll, Kanal) werden selbstverständlich laufend valorisiert.
7. Arbeit lohnt sich nicht. Das heißt, ohne entsprechende Mindestlohnregelung geht das ganze Modell in die falsche Richtung, was auch die **IHS-Studie** bestätigt.
8. Sie ist alleinerzieherinnenfeindlich und damit letztlich frauenfeindlich, da nicht gleichzeitig wohn- und arbeitsplatznahe Kindergärten-, Schul- und Hortplätze zur Verfügung stehen.
9. Die Arbeitsplatzöffnung für unsere östlichen Nachbarländer mit 1. Mai 2011 ist ein weiterer Anschlag auf unser Sozialsystem, da diese ebenfalls wie österreichische Staatsbürger hier eine Mindestsicherung erhalten können.
10. Der Kompromiss bei der Transparenzdatenbank zwischen SPÖVP, wonach die Bundesländer ihre Daten nicht bekanntgeben müssen, widerspricht massiv der viel strapazierten "Verteilungsgerechtigkeit". Umverteilung soll unserer Meinung nach stattfinden von Leistungen, die jemand missbräuchlich bezieht, hin zu jenen, die sie benötigen, aber nicht erhalten. Dies ist nur möglich, wenn in die Transparenzdatenbank alle Gebietskörperschaften einbezogen sind. Ohne Kontrolle keine Steuerung und ohne beides keine soziale Gerechtigkeit.

Schlussendlich sei auch zu befürchten, dass das Gesetz zur Transparenzdatenbank im Oktober genauso unausgereift in den Ministerrat zum Beschluss kommen werde, wie die Mindestsicherung selbst, sagt Ebinger abschließend. (Schluss) hn

Rückfragehinweis:

Klub der Freiheitlichen, Pressestelle
Tel.: (01) 4000 / 81 798

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/85/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSENDUNG UNTER AUSSCHLISSLICHER INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT ***

OTS0104 2010-08-06/12:17

061217 Aug 10

© Copyright APA OTS GmbH und der jeweilige Aussender.

Die Inhalte dienen ausschließlich zur redaktionellen Verwendung und zur individuellen Information des Nutzers. Eine unveränderte Verwendung der Texte, Bilder, Grafiken, Audios und Videos auf einer nicht durch APA OTS autorisierten Homepage ist ebenso wie eine Speicherung in Datenbanken oder eine sonstige Weitergabe an Dritte nicht gestattet. Ebenso sind Direktlinks auf Meldungsaufrufe untersagt. Für den Fall, dass Sie die Inhalte

*weitergeben, speichern oder gewerblich nutzen möchten, wenden Sie sich bitte an:
Tel.++43-1/36060-5300 oder an info@ots.at*